

Der richtige Kampf gegen Altersarmut

VON ANTJE HÖNING

Die Zahl ist alarmierend: Mehr als 742.000 Rentner erhalten Grundsicherung im Alter, Tendenz stark steigend. Ihre gesetzliche Rente reicht nicht aus, um über die Runden zu kommen. BSW-Gründerin Sahra Wagenknecht versucht umgehend, Kapital daraus zu schlagen, und spricht von einem „Skandal“.

Nein, diese Zahlen sind kein Skandal, sondern erklärbar. Entscheidend ist, dass die Politik die richtigen Schlüsse daraus zieht. Bei der Rente gilt das Äquivalenzprinzip: Wer im Berufsleben viel einzahlt, bekommt im Ruhestand viel heraus. Niedrig ist die Rente, wenn die Beitragszahlungen gering waren – weil man viel Teilzeit oder viel schwarz gearbeitet, wenig verdient oder lange ausgesetzt hat. An diesen Stellschrauben muss die Politik drehen, will sie an der Zahl der armern Rentner etwas ändern. Der beste Schutz vor Armut sind eine gute Ausbildung und lange Erwerbstätigkeit – mit Absicherung in der gesetzlichen oder privaten Rentenversicherung. Auch darum ist so wichtig, die Menschen aus dem Bürgergeld oder der Schwarzarbeit zu holen. Wenn Wagenknecht es ernst meinte, würde sie hier ansetzen. Die von ihrer alten Partei, der Linken, geforderte Mindestrente von 1400 Euro geht ebenfalls in die falsche Richtung – und ist obendrein unbezahlbar.

Die Bundesregierung sollte sich durch die Zahlen ermuntert fühlen, die Bürgergeldreform beherzt anzugehen. Was nicht hilft, ist die abschlagfreie Frührente. Sie kommt gut verdienenden Facharbeitern zugute, die sich den vorzeitigen Ruhestand leisten können. Auch die Mütterrente ist weder als Maßnahme gegen Altersarmut konzipiert noch im Umfang so groß, dass sie den Unterschied macht. Kluge Sozialpolitik setzt nicht auf Fürsorge, sondern auf Anreize zur Arbeit und Schaffung guter Jobs. Eine wachsende Wirtschaft mit hohen Löhnen ist das beste Mittel gegen Altersarmut.

Unwürdiges Gerangel um Verfassungsrichter

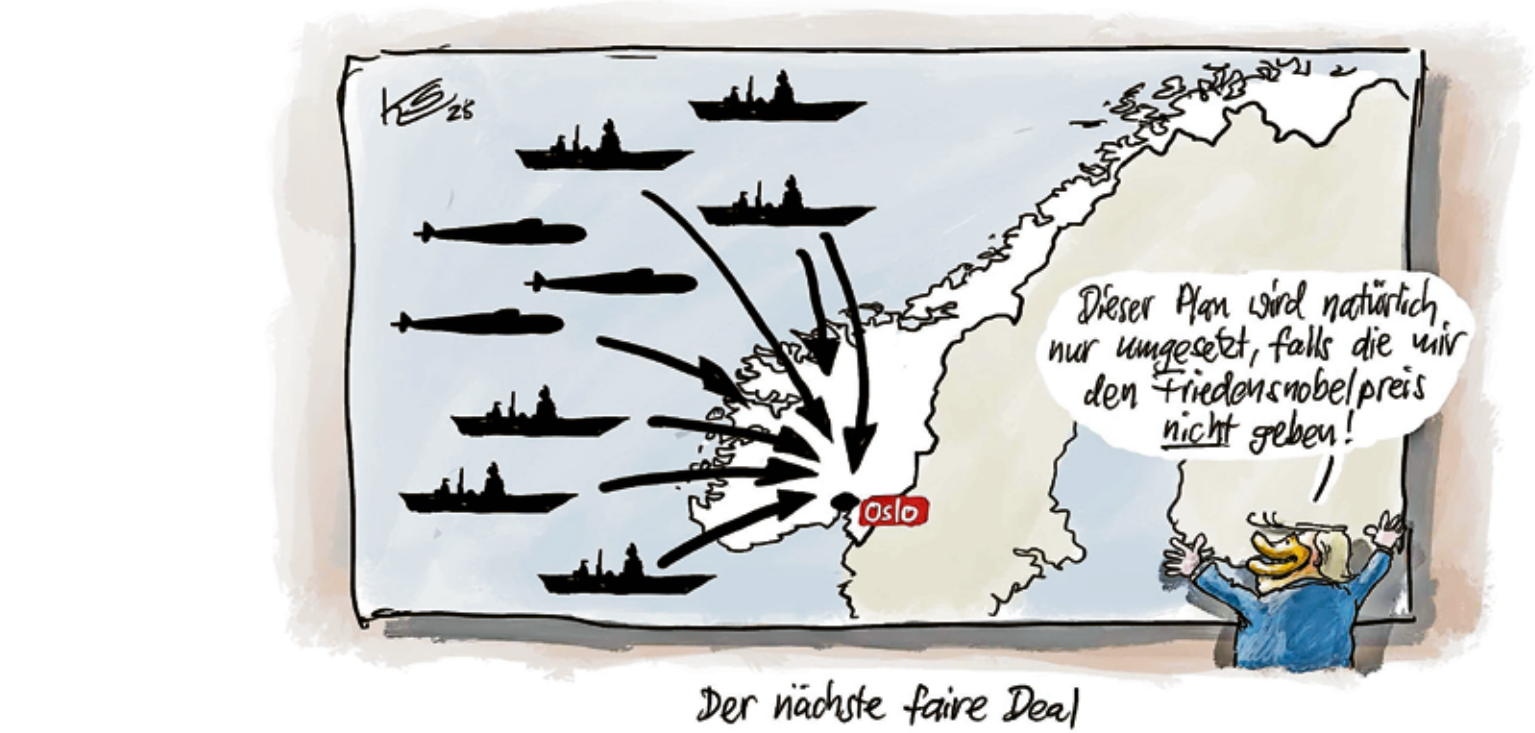
VON DAVID GRZESCHIK

Das Bundesverfassungsgericht genießt einen hervorragenden Ruf: Mehr als zwei Drittel gaben in einer Umfrage von Infratest Dimap kürzlich an, großes oder sehr großes Vertrauen in die Institution zu haben. Parteien, Kirchen oder Medien können davon nur träumen. Insofern ist es fahrlässig, dass das politische Berlin gerade öffentlichkeitswirksam über Nachbesetzungen am Verfassungsgericht streitet. Denn mit ihrem Verhalten drohen die Politiker, das Ansehen der Institution aus parteitaktischen Überlegungen zu beschädigen.

Da ist zum einen der Streit um die Rechtsprofessorin Frauke Brosius-Gersdorf, vorgeschlagen von der SPD. Unionsabgeordnete kritisierten sie als „ultralinks“ und „unwählbar“. Damit haben sie die Nominierte, die trotz umstrittener Positionen eine anerkannte Juristin ist, schon vorab beschädigt. Dass die Wahl geheim ist, dürfte potenzielle Abweichler erst recht dazu ermutigen, bei ihrer Ablehnung zu bleiben.

Noch gefährlicher ist das Spiel, das CDU und CSU mit ihrem eigenen Kandidaten, Günter Spinner, treiben. Um eine demokratische Zweidrittelmehrheit für ihn zu organisieren, müssten sie auf die Linke zugehen. Die hat sogar signalisiert, dass sie den Nominierten mittragen würde – wenn die Christdemokraten mit der Linken reden. Die Union ist dazu nicht bereit – und riskiert fatale Konsequenzen. Denn die AfD will Günter Spinner unterstützen. Damit droht der erste Verfassungsrichter von Gnaden der AfD – und Friedrich Merz zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate eine Mehrheit mit Stimmen von Rechtsaußen. Ein solcher Vorgang würde Günter Spinner und das Gericht als Ganzes beschädigen.

Dieses Geschacher ist dem Verfassungsgericht nicht würdig. Die politische Mitte sollte sich besinnen – und mit Demut demokratische Mehrheiten suchen. Noch ist es nicht zu spät.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Anfangs galten Berichte über angebliche Menschenrechtsverletzungen in Gaza als antisemitische Propaganda. Jetzt kritisieren auch immer mehr Menschen in der jüdischen Bevölkerung das Vorgehen ihrer Armee.

In Israel dreht sich die Stimmung

VON MAREIKE ENGHUSEN

Weltweit sorgen die Vorwürfe für Schlagzeilen: Israelische Soldaten sollen bei Zentren zur Lebensmittelverteilung in Gaza auf Palästinenser schießen. Kürzlich veröffentlichte die israelische Zeitung Haaretz einen Bericht, in dem anonym zitierte Soldaten die Vorwürfe verschärften: Demnach hätten ihre Kommandeure explizit befohlen, zur Auflösung von Menschenmengen bei der Lebensmittelausgabe scharf zu schießen. Der Artikel fand weltweit Aufmerksamkeit. International provozierten solche Berichte harsche Kritik – in Israel dagegen fielen die Reaktionen gespalten aus.

Für Ministerpräsident Benjamin Netanjahu war es sonnenklar. Er tat die Vorwürfe als „böswillige Unwahrheiten“ ab. Die IDF (Israel Defence Forces/israelische Armee) selbst bestritt, dass es Anweisungen zum systematischen Beschuss von Zivilisten gebe; man wolle die Vorfälle an den Verteilungszentren aber prüfen und daraus Lehren ziehen.

Dieser Darstellung gaben die meisten israelischen Medien zu Anfang viel Raum. Der regierungsnahe Fernsehsender Kanal 14 veröffentlichte zudem die Aufnahme eines Gesprächs, bei dem es sich um ein Telefonat zwischen einem Palästinenser und einem arabisch sprechenden IDF-Offizier handeln soll. Es seien Hamas-Männer, die auf Hilfesuchende schossen, sagt der Palästinenser darin. Nicht die IDF. Überprüfen kann das niemand.

„In den ersten Wochen haben die etablierten Medien gelehnet, dass es Schüsse gab, und behauptet, das sei alles Fake“, sagt auch Suf Patishi, Mitgründer und Führungsmitglied der israelisch-palästinensischen Friedensbewegung „Omdim Beyachad – Standing Together“ unserer Redaktion.

Die Vorwürfe drehen sich um die vier Zentren zur Lebensmittelverteilung, die die umstrittene, von Israel und den USA unterstützte Gaza Humanitarian Foundation (GHF) seit Ende Mai im Süden und im Zentrum des Gazastreifens betreibt. Über 500 Palästinenser sollen bei Schüssen innerhalb oder im Umkreis der Zentren bereits ums Leben gekommen sein. Die Zahl kommt von den Behörden der Hamas, die die GHF von Anfang an zu sabotieren versuchte. Sie ist deshalb umstritten. Dass Hilfesuchende unter scharfem Beschuss ums Leben kommen, ist es nicht – zumindest nicht außerhalb Israels.

Doch auch dort wandelt der Diskurs sich allmählich. „Mehr und mehr Leute begreifen, dass das wirklich passiert – und zwar in ihrem Namen“, hat Patishi beobachtet. Dazu habe auch seine Bewegung beigetragen: Denn Omdim Beyachad teilt in den sozialen Netzwerken Bilder und Videos von der Zerstörung, dem Töten und dem Leid in Gaza, die israelische Medien nicht zeigen – auch von Schüssen rund um die Essensausgabe. „Es ist absurd“, meint er, „aber jemand, der in Deutschland oder der Schweiz lebt, ist den schockierenden Dingen in Gaza stärker ausgesetzt als jemand in Tel Aviv.“

Doch auch das ändert sich langsam. Der bekannte TV-Journalist Amnon Levy hielt letzte Woche im israelischen Fernsehsender Kanal 13 einen bemerkenswerten Monolog. Manchen Schätzungen zufolge könnten im Gazastreifen seit Kriegsbeginn bereits 100.000 Menschen umgekommen sein, sagte er (die offizielle Zahl liegt bei knapp 60.000). „Die Rede ist von einer Bevölkerung in der Größenordnung von Städten wie Herzliya, Kfar Saba oder Hadera“, erklärte Levy: „Stellen Sie sich vor, sämtliche Einwohner Herzliyas würden getötet. Wir haben eine riesige Bevölkerung ausgelöscht, zu der Kinder

„Können wir gut schlafen mit Wissen vom furchtbaren Töten?“

Amnon Levy
Israelischer TV-Journalist

INFO

Verhandlungen über eine Waffenpause

Abkommen Trumps Sonderbeauftragter für den Nahen Osten, Steve Witkoff, reist nach Angaben des Weißen Hauses diese Woche in die katarische Hauptstadt Doha, um an den indirekten Gesprächen über einen Deal für eine Waffenruhe im Gazastreifen und die Freilassung von Geiseln teilzunehmen. Die „Times of Israel“ erfuhr aus diplomatischen Kreisen, Trump wolle bis Ende dieser Woche einen Waffenruhe-Deal erreichen.

Pläne für Gaza Trump hatte Anfang Februar erklärt, die USA könnten den Gazastreifen übernehmen, das kriegszerstörte Gebiet planieren, neu aufbauen und in eine „Riviera des Nahen Ostens“ verwandeln. Die mehr als zwei Millionen Palästinenser müssten umgesiedelt werden. Israelische Regierungsvertreter hatten in der Vergangenheit mehrfach angekündigt, die „freiwillige“ Emigration eines bedeutenden Teils der knapp mehr als zwei Millionen Bewohner des abgeriegelten Küstenstreifens voranzutreiben. Verteidigungsminister Israel Katz ordnete Medienberichten zufolge schon mal die Planung eines riesigen Auffanglagers für 600.000 vom Krieg vertriebene Palästinenser im südlichen Gaza an.



Palästinensische Kinder bemühen sich um zugeteiltes Essen. FOTO: DPA

gehören, alte Menschen, Frauen, Zivilisten, und ja, auch Terroristen. Können wir nachts gut schlafen mit Wissen von diesem furchtbaren Töten?“ Das rüttelt viele Menschen in Israel auf.

Noch vor drei Monaten, meint Suf Patishi, sei eine solche Äußerung in einem Mainstream-Sender „undenkbar“ gewesen. „Plötzlich dringen Themen, über die vorher nur tief innerhalb der Linken gesprochen wurde, ins politische Zentrum vor“, sagt der Aktivist: „Und ich glaube, dass die Berichte und Bilder von den Schüssen bei der Lebensmittelausgabe dazu beitragen. Für uns Juden sind Themen, die mit Hunger und der Verteilung von Essen zu tun haben, aus historischen Gründen sensibel.“

Der Journalist Amnon Levy belässt es nicht nur beim Berichten. Seit Kurzem taucht er bei den wöchentlichen Demonstrationen für eine Waffenruhe im Gazastreifen auf, berichtet Pathishi. Und auch dort, in der Anti-Kriegs-Bewegung, macht der Aktivist einen subtilen, aber wichtigen Wandel aus. „Am Anfang haben die Leute das Ende des Krieges als den Preis betrachtet, den Israel zahlen müsse, um die Geiseln zurückzubekommen“, sagt er: „Irgendwann haben die Menschen auch das Ende des Krieges selbst gefordert – aber nur zugunsten der israelischen Seite.“ Damit meint er das Leben der Soldaten und Reservisten. Und nicht nur die: „Inzwischen wächst das Bewusstsein für das Leid der Palästinenser.“ An diesem anschwellenden Massenprotest kommt auch die rechte Regierung von Benjamin Netanjahu nicht vorbei, auch wenn sie Extremisten in ihren Reihen hat.

Der für den Frieden engagierte Patishi glaubt, dass genau darin der Schlüssel zu einem langfristigen Frieden liege – irgendwann, in einer Zukunft, die sich gerade noch sehr fern anfühlt. „Um zu verhandeln und eines Tages Frieden zu schließen“, meint Suf Patishi, „müssen wir erst einmal begreifen, was in Gaza in unserem Namen geschieht. Das ist der erste Schritt.“ Weitere sollten dann unbedingt folgen, ist Patishi überzeugt.

WISSENSDRANG

Israel steht in Gaza einem tödlichen Gegner gegenüber, der die eigene Zivilbevölkerung als Schutzschild missbraucht. Es ist nahezu unmöglich, ihn effektiv zu bekämpfen, ohne humanitäre Standards zu verletzen. Das sehen viele Deutsche – und auch Israelis – anders. Der jüdische Schriftsteller Maxim Biller – genervt von einer Haltung, die er für Antisemitismus hält – schrieb nun eine Kolumne in der Gestalt eines grausamen Witzes über die deutsche Krankheit „Morbus Israel“, in der er die Hungerblockade als unmenschlich, aber strategisch richtig bezeichnete. Es tritt ein Psychiater auf, der dem israelischen Patienten dringlichst davon abrät, sich seinen Wunsch zu erfüllen, nicht mehr auf Araber zu schießen. In Deutschland löste das

Maxim Biller und die Deutschen

Israels Kampf gegen die Hamas entfesselt kontroverse Diskussionen.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

große Leserproteste aus: Eine Hungerblockade kann niemals strategisch richtig sein. Das darf nicht gedacht, geschweige denn publiziert werden. Und auf Araber schießen – als Witz? Die „Zeit“ hat den Text unverzüglich gelöscht, „depubliziert“ nennt man das heute, als wäre er nie erschienen. Nietzsche schrieb über die Deutschen: „Was sich heute als ‚guter Mensch‘ fühlt, ist vollkommen unfähig, zu irgendeiner Sache anders zu stehn als unehrlich-verlogen, abgründlich-verlogen, aber unschuldig-verlogen, treuherzig-verlogen, blauäugig-verlogen, tugendhaft-verlogen.“ Grausame Witze sind ein No-Go. Denn sie sprechen unerträgliche Wahrheiten aus, statt sie tugendhaft zu verhüllen. Billers strategische Kompetenz ist hinterfragbar – aber das ist nicht das Pro-

blem. Er hat uns an etwas erinnert, was wir heute nicht mehr hören wollen: dass es in der Politik Entscheidungen geben kann, die nicht gut sind, nicht menschlich, nicht moralisch – und trotzdem notwendig. Wie damals Helmut Schmidts Entscheidung, die entführte Lufthansa-Maschine „Landshut“ stürmen zu lassen. Er riskierte das Leben der Geiseln, um eine dauerhafte Erpressbarkeit des Staates und weitere Geiselnahmen zu verhindern. Moral und Verantwortungsbewusstsein stehen nicht immer auf derselben Seite.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.